

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei voller Zahlung im Voraus für sechs Monate 1.20 M. im Voraus zahlbar. Für Postversand nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Umständen bringen für Deutschland und Österreich 10.— M., für das übrige Ausland 12.50 M. zuzüglich Postzuschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 17.— M. Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 533-36, 2895 und 2896.

Interats haben die obige. Hauptzeitschrift oder drei Nummern 2.50 M. zuzügl. 20% Telegrammzuschlag. Familien- und Organisationsmitgl. die obige. Hauptzeitschrift 2.50 M. netto. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 1.15 M., jedes weitere Wort 0.15 M. zuzügl. 20% Telegrammzuschlag. Stellungs- und Familien- u. Organisations-Wort-Anzeigen kosten das festgedruckte Wort 1.15 M., jedes weitere Wort 0.15 M. netto. Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 533-36, 2895-36, 6768

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Schiffsabgabe.

Durch den Friedensvertrag von Versailles ist Deutschland die Pflicht auferlegt worden, für den Ersatz aller Handelsschiffe und Fischereifahrzeuge, die den Alliierten infolge von Kriegsereignissen verloren gegangen oder beschädigt sind, Tonne für Tonne und Art für Art Sorge zu tragen. Diese Bedingungen werden so ausgelegt, daß die deutsche Regierung zunächst das Eigentum an allen seinen Angehörigen gehörenden Handelsschiffen von 1600 Bruttotonnen und darüber an die Alliierten abtritt, desgleichen die Hälfte des Tonnengehalts der Schiffe, deren Bruttotonnage zwischen 1000 und 1600 Tonnen beträgt und je ein Viertel des Tonnengehalts der Fischdampfer und der anderen Fischereifahrzeuge. Zu diesen sofort abzuliefernden Schiffen gehören auch alle Fahrzeuge, die sich zur Zeit im Bau befinden. Ferner mußte sich Deutschland verpflichten, auf deutschen Werften für Rechnung der Alliierten Handelsschiffe bauen zu lassen; den Umfang des zu bauenden Schiffraums soll die Wiedergutmachungskommission der deutschen Regierung mitteilen. Der in jedem Jahr auszuliegende Schiffraum soll 200 000 Bruttotonnen nicht überschreiten. Ein Gegenanspruch für den Verlust deutscher Schiffe infolge von Kriegsereignissen ist der deutschen Regierung nicht zugestimmt worden.

Diese Bedingungen müssen nunmehr erfüllt werden. Ohne Zweifel muß die Abgabe der deutschen Schiffe an die Alliierten zu einer außerordentlich schweren Schädigung des deutschen Wirtschaftslebens führen. Deshalb haben sich die Vertreter der deutschen Regierung bei der Entente darum bemüht, eine Milderung der Bedingungen zu erreichen. Anfang März hat der Vorsitzende der deutschen Schiffsabgabendelegation in London eine Denkschrift überreicht, in der darauf hingewiesen wird, daß unter den Waffenstillstandsbedingungen Deutschland die Segelschiffe, die Dampfer unter 1000 Tonnen sowie die Hälfte der Dampfer zwischen 1000 und 2500 Tonnen gelassen würden. Dies sei deshalb geschehen, weil die Alliierten sich der Kenntnis nicht verschließen konnten, daß diese Schiffe zur Erhaltung der deutschen Volkswirtschaft notwendig waren. Die Erfahrungen des letzten Jahres hätten aber gezeigt, daß schon dieser Schiffraum nicht genügt habe, um den Niedergang des deutschen Wirtschaftslebens aufzuhalten. Die in den Friedensbedingungen enthaltene Forderung, daß auch die im Bau befindlichen Schiffe abzuliefern sind, habe die Finanznotlage des Landes neuer Schiffe unmöglich gemacht. Der Neubau von Schiffen werde durch empfindlichen Materialmangel, durch die Leistungen für die alliierten Länder, durch die Desorganisation der Arbeit weit hinausgeschoben; Kauf oder Betrachtung von ausländischen Schiffen in großem Umfang verböden sich wegen des Mangels an ausländischen Zahlungsmitteln. Eine Erhöhung des Schiffraums sei daher in absehbarer Zeit nicht zu erwarten. Auf der anderen Seite gewinne die Schifffahrt für Deutschland erhöhte Bedeutung dadurch, daß infolge der Abtrennung landwirtschaftlicher Gebiete mehr Lebensmittel als früher aus anderen Ländern importiert werden müßten, daß der Eisenbahnverkehr zusammengebrochen und eine stärkere Inanspruchnahme der Küstenfahrt notwendig sei. Es wird eine Rechnung aufgemacht, wonach Deutschland nach vollständiger Durchführung der Friedensbedingungen insgesamt nur noch 350 000 Bruttotonnen an Schiffraum verbleiben, so daß allein für Küstenverkehr 350 000 Tonnen fehlen würden. Der Lebensmittel-, Futterstoff- und Rohstoffverkehr von Uebersee und der Seefahrtverkehr in Ost- und Nordsee seien bei dieser Berechnung noch außer Betracht geblieben.

Die dringenden Vorstellungen der Regierung nach Milderung der Friedensbedingungen sind von der Wiedergutmachungskommission bisher nicht berücksichtigt worden. Es besteht nunmehr die Gefahr, daß nicht nur die auf den deutschen Schiffen bisher beschäftigten Seeleute in schwere wirtschaftliche Bedrängnis kommen, sondern daß darüber hinaus das gesamte deutsche Wirtschaftsleben erste Schädigungen zu befürchten hat. Die Annahme, daß die Vermittlung von fremdem Schiffraum teurer zu stehen kommen würde als die Inanspruchnahme deutscher Schiffe, dürfte freilich nicht zutreffen, da ohne Zweifel die deutschen Reederei bei der Berechnung von Frachten sich nicht an die Bedürfnisse des deutschen Volkes halten, sondern die Transportpreise dem im Weltverkehr geltenden Tarif anpassen werden. Man muß aber damit rechnen, daß die Gefühle der Ententeländer für Deutschland sich noch immer nicht soweit verbessert haben, daß sie die Notlage des deutschen Volkes als einen Grund ansehen werden, die Beförderung von Waren nach deutschen Häfen zu beschleunigen, so daß wir Rohstoffe und Lebensmittel nicht in dem Umfang erhalten werden, der für den Wiederaufbau unserer Wirtschaft notwendig ist.

Es muß dabei aber gesagt werden, daß die Schuld am mangelnden Entschadungskommen der

Die Aufteilung der Türkei.

Der Friedensvertrag mit der Türkei.

Amsterd., 21. April.

Der Berichterstatter der „Westminster Gazette“ in San Remo meldet, die abriatische Frage sei tatsächlich gelöst. Die italienische und die südbalkanische Regierung seien zu einem Einvernehmen gekommen sein.

Derselbe Berichterstatter meldet über den türkischen Friedensvertrag, daß türkische Reich werde stark verkleinert werden, da Syrien, Palästina, Arabien, Mesopotamien, Armenien, Thrakien und Smyrna ihm genommen werden. Hinter Adana soll eine französische und hinter Adalia eine italienische Zone festgesetzt werden. Die Türkei werde die Hälfte ihrer Untertanen verlieren und ungefähr neun Millionen Mohammedaner und zwei Millionen Christen umfassen.

Der Oberste Rat in San Remo.

San Remo, 20. April.

Der Oberste Rat verhandelte heute morgen über die finanziellen Klauseln des Friedensvertrags mit der Türkei. Der Rat prüfte alsdann die territoriale Frage Armeniens und die neue Grenze dieses Staates, wie sie durch die Note des Völkerbundes beantragt worden ist. Schließlich befaßte sich der Rat noch mit der Ratumfrage und der Stellungnahme des Völkerbundes zum Schutz der türkischen Minderheiten.

Die Entwaffnung Deutschlands.

Berlin, 20. April.

Der Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten nahm einstimmig folgenden Antrag Maurice Mahnoud an: Die Kammer beschließt im Interesse der Erlangung eines allgemeinen Friedens und der Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen allen Völkern die völlige Entwaffnung Deutschlands und fordert die Regierung in aller Form auf, zu verlangen, daß die durch den Versailler Vertrag festgesetzten Entwaffnungsbedingungen tatsächlich genau durchgeführt werden. Der Ausschuss beantragt seinen Vorsitzenden Louis Barthou, der Regierung diesen Beschluß zu übermitteln.

Das Mandat über Armenien.

San Remo, 20. April. (Reuter.)

Der Völkerbund hat es abgelehnt, ein Mandat über Armenien anzunehmen. Der Oberste Rat beschloß, die Vereinigten Staaten um finanzielle Unterstützung Armeniens zu ersuchen.

Entente nicht zuletzt bei der deutschen Regierung zu suchen ist. Sie hat als Unterhändler sich dieselben Personen ausgesucht, die entweder als Vertreter des Reederkapitals keine günstige Stimmung beim Ententekapital erwecken können, oder die während des Krieges als begeisterte Verehrer des Vostkrieges mit dafür gesorgt hatten, daß den gegnerischen Handelsflotten ungeheure Verluste zugefügt wurden, für deren Deckung wir jetzt aufzukommen haben. Besonders Beträuen bei der Entente wird ja auch die Tatsache nicht kaffen können, daß zum Reichsminister des Auswärtigen Herr Dr. Köster erwählt worden ist, der in seinen Kriegsberichten die Kriegsführung der deutschen Seereschiffahrt nicht genug loben konnte.

Bisher hat die deutsche Regierung auch noch nicht bewiesen, daß ihr lediglich die Interessen des deutschen Volkes, insbesondere der Arbeiterklasse, am Herzen liegen. Die Interessen des Reederkapitals haben jedenfalls bisher noch keine Einbuße erlitten. Von Hamburg und den anderen Hafenorten werden zwar zahlreiche Entlastungsgebungen über das Schiffsabgabeverlangen der Entente berichtet. Aber das Reederkapital wird in jedem Falle auf seine Rechnung kommen. Nicht umsonst haben die Kurse der deutschen Schiffaktien an der Börse eine äwindehnende Höhe erreicht, trotzdem die Reedereien brach liegen und eigentlich nicht mehr viel Schiffsgechäfte zu machen haben. Aber sie wissen, daß sie vom Reich in ausgedehntem Maße entschädigt wer-

Verteilung für die englische Studentenkommision für Sowjetrußland.

London, 20. April. (Reuter.)

Die Arbeiterpartei gibt bekannt, daß sie vom auswärtigen Amt die Mitteilung erhielt, der Oberste Rat habe die Ausstellung von Pässen für die englische Arbeiterabordnung, die nach Sowjetrußland gehen will, genehmigt.

Ausschiebung der Verhandlungen zwischen Polen und Sowjetrußland.

Amsterd., 21. April.

Die „Times“ melden, daß die Verhandlungen zwischen Polen und Sowjetrußland aufgeschoben wurden. Polen schiene abwarten zu wollen, welche Haltung die Alliierten einnehmen und wie sich die militärische Lage entwickle. Die Bolschewisten hätten den Kampf nach Leningrad aufgegeben.

Die Politik der italienischen Sozialisten.

Mailand, 20. April.

Im Landesausschuß der italienischen Sozialistenpartei hat gestern Abgeordneter Darvati erklärt, der Turiner Allgemeinausschuß könne als Beginn des Sturmes betrachtet werden, der ganz Italien bedrohe.

Demgegenüber betonte Turati, daß es Pflicht jedes Sozialisten sei, unter allen Umständen den Bürgerkrieg zu verhindern. Turati sprach sich gegen die Übernahme der Regierung durch die Sozialisten aus. Aus dem parlamentarischen Programm der Partei hob er drei Punkte hervor: Befreiung des Vermögens; vollständige Freiheit des Verkehrs; Sozialisierung von Grund und Boden.

Die Schweizer Sozialisten zur dritten Internationale.

T. U. S. Zürich, 21. April.

Der mit 20 gegen 18 Stimmen angenommene Beschluß des Parteivorstandes der Sozialdemokratischen Partei, der dritten Internationale beizutreten, hat nur die Bedeutung, daß der Parteivorstand von neuem dem Parteitag den Beitritt zur Moskauer Internationale empfiehlt und zwar mit der Mahnung der vollen taktischen Selbstständigkeit. Ein Antrag auf unbedingten Beitritt war nicht gestellt. Dem angenommenen Antrag Grimm stand ein solcher des Genossen Gruber gegenüber, der sich auf den Boden der deutschen Unabhängigen und der französischen Mehrheitsparteien stellte und eine gemeinsame Resolution als Grundlage für eine Annäherung an die dritte Internationale vorschlug. Es wurde ferner ein Antrag angenommen, der eine möglichst rasche Einberufung einer Konferenz aller aus der zweiten Internationale ausgetretenen Parteien fordert.

den sollen, und daß der Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte nach dem Willen der in Deutschland tatsächlich herrschenden kapitalistischen Kreise nicht eine Angelegenheit des deutschen Volkes, sondern ein Liebesgabenwerk für das Reederkapital werden soll.

Inzwischen versucht das Reederkapital sich auf andere Weise schadlos zu halten. Es wird berichtet, daß in New York Verhandlungen über eine Vereinigung der amerikanischen und deutschen Seeschiffahrtssinteressen geführt werden sollen. In den Vereinigten Staaten, die vor dem Kriege zwar eine umfangreiche Küsten- und Binnenschiffahrt hatten, deren Seeverkehr aber noch in den Kinderjahren steckte, ist in den letzten Jahren außerordentlich viel Schiffraum für den transozeanischen Verkehr gebaut worden. Die amerikanischen Reederei wollen nunmehr eine Verbindung herstellen mit den großen Schiffsabgabeverlangungen in Deutschland, besonders mit der Hamburg-Amerika-Linie, dem Norddeutschen Lloyd und den anderen großen Reedereien. Diese sollen ihren Organisationsapparat und ihren Beamtenstab zur Verfügung stellen, die Amerikaner wollen sich mit ihren Schiffen an dem Unternehmen beteiligen. Hier und da wittert man in Deutschland bei diesen Bestrebungen schon eine Spitze gegen England, man glaubt, daß die Vereinigten Staaten sich von der englischen Seeherrschaft befreien wollen und dabei sich die deutsche Hilfe zunutze machen

möchten. Richtiger wird die Annahme sein, daß es sich bei dieser Angelegenheit nur um ein kapitalistisches Geschäft und bei den Verhandlungen in New York darum handelt, in welcher Weise der Profit unter den Interessenten geteilt werden soll.

Wenn in der Frage der Schiffsabgabe für das deutsche Volk etwas erreicht werden soll, so müssen an derer Wege als bisher eingeschlagen werden. Solange die ganze Angelegenheit nur vom kapitalistischen und vom nationalistischen Standpunkt aus betrachtet wird, solange darf man nicht erwarten, daß die Entente sich ihrerseits auf einen anderen Standpunkt stellen wird. Freilich haben wir keine Hoffnung, daß die Koalitionsregierung, die jede ernsthafte Sozialisierung bisher verhindert hat, die auch gar nicht daran denkt, den Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte nach sozialistischen Grundrissen zu betreiben, die ihre auswärtige Politik von kompromittierten Persönlichkeiten führen läßt, nunmehr andere Methoden anwenden wird. Eine Aenderung der Friedensbedingungen zugunsten Deutschlands darf man nicht vom Ententekapitalismus erwarten, sondern lediglich von dem Anwachsen des Einflusses der Arbeiter in den Ententeländern auf ihre Regierungen. Aber gerade daran scheint der deutschen Regierung nichts zu liegen, malte sie doch auch in ihrer Denkschrift wieder „die Gefahr des Bolschewismus“ an die Wand. Glaubte sie, mit solchem Schwab das Vertrauen der ausländischen Arbeiterschaft gewinnen zu können?

Ein Reichs-Wohnungsgesetz.

Am Reichsrat ist in den letzten Tagen der Entwurf eines Reichswohnungsgesetzes nach eingehender Beratung angenommen worden. Das vorbeschlagene Gesetz läßt die bestehenden Bestimmungen über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel zusammen und sichert ihre Rechtswirksamkeit. Es bestimmt u. a., daß die Bekanntmachungen vom 22. September 1918 und 22. Juni 1919 auch über den 31. Dezember 1920 hinaus in Kraft bleiben. Die Landesregierungen können die Gemeinden zu entsprechenden Maßnahmen ermächtigen oder verpflichten.

Besonders wichtig ist die Bestimmung, daß bei Vorliegen außerordentlicher Mißstände die Landesregierungen mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers die Gemeindebehörden auch zu anderen als in den bisher erlassenen Bestimmungen enthaltenen Maßnahmen, insbesondere zu Eingriffen in die Preisfreiheit und in die Unverletzlichkeit des Eigentums und der Wohnungen ermächtigen oder verpflichten, oder mit Zustimmung des Arbeitsministers selber entsprechende Anordnungen treffen oder die Verordnungen dazu einer ihr unterstellten Behörde übertragen kann. Weiter wird bestimmt, daß die zur Bekämpfung des Wohnungsmangels getroffenen Verfügungen im Wege des unmittelbaren Vollzugs erzwungen durchgeführt werden können. Die Strafen auf Verletzung der Bestimmungen sind bis auf 10.000 M. festgesetzt worden. Sie treffen auch den, der eine Verletzung der Wohnung nicht gestiftet. Bisher betrug die höchste Geldstrafe nur 1000 M. In der Vollversammlung des Reichsrats wurde wegen verschiedener Bedenken die Mißbilligung des Entwurfs an die Ausschüsse beantragt, der Widerspruch jedoch zurückgewiesen, nachdem die Vertreter des Arbeits- und des Reichsarbeitsministeriums darauf hingewiesen hatten, daß das Gesetz sehr dringlich sei und noch unbedingt von der Nationalversammlung erledigt werden müsse.

Das steuerfreie Existenzminimum in England.

In seiner Budgetrede stellte Chamberlain fest, daß die englischen Steuerzahler ihre Pflicht so gut getan haben, daß die Staatseinnahmen 71 Millionen Pfund mehr betragen, als der Voranschlag vor einem Jahre und 129 Millionen Pfund mehr als der Oktobervoranschlag. Es gütig in diesem Punkte die englischen Finanzen dastehen, so sehr ist auch die englische Steuererhebung vorbildlich in bezug auf die Erhaltung des steuerfreien Existenzminimums. Obwohl, wie Chamberlain mittelste, die Einkommensteuer fast erweitert werden soll,

will man diese Erweiterung doch nur auf dem Wege über die stärkere Befragung der hohen Einkommen erzielen. Nach wie vor sollen von der Einkommensteuer freibleibende Verheiratete mit einem Einkommen mit nicht mehr als 200 Pfund, das sind 5000 Goldmark und Unverheiratete mit nicht mehr als 150 Pfund, das sind 3000 Goldmark.

Die Steuererhebung Englands ist also der deutschen durchaus voran.

Getreue Knappen.

Der alte Bergarbeiterverband zur politischen Lage.

Der Bergarbeiterverband hielt am Sonntag in Dortmund, Bochum und Mülheim je eine stark besuchte Versammlung der Delegierten der Ortsgruppen ab. Vertreter war das ganze Gebiet von Hamm bis Duisburg und von Hattingen bis Recklinghausen. Referenten des Vorstandes waren Quisemann, Quis und Waldhede. In diesen Versammlungen wurde — angeblich überall ohne Widerspruch und einstimmig — eine Resolution angenommen, die niemand als den Meinungsäußer der freigeistlichen Arbeiterpartei erkennen würde, wenn die Resolution nicht ausdrücklich als solche gekennzeichnet wäre. Was sie enthält, könnte eine Versammlung von christlichen Arbeitern, ja sogar der von und gegen den Bergarbeiter-Gewerkschaftsbund der Angestellten bedenkenlos unterschreiben.

Wir sehen ganz davon ab, daß der erste Teil der Resolution, der sich mit den „sozialistischen, partikularistischen und demagogischen Bestrebungen“ zur Lösung einzelner Reichsteile beschäftigt, Wendungen enthält, die einen ungemein starken nationalistischen Beigeschmack haben. Wir wissen, daß vielen freien Gewerkschaften diese Tendenz noch aus den Kriegsjahren und von der Politik des Quidenburg-Programms und des Disziplinargesetzes her anhaftet.

Besonders bemerkenswert ist aber, was die Resolution über die März- und April-Ereignisse sagt. Die Resolution bezeichnet zunächst die Bergarbeiter als gute und treue Anhänger der „Vorkriegs-Demokratie“ und als Gegner jeder Diktatur und — Nebenregierung sind. Das mit der Diktatur kann man bei der Erzählung, die die rechtssozialistischen Regierungskommissionen aus dem Vorstand des Bergarbeiterverbandes den Bergarbeitern haben angelehrt lassen, noch verstehen. Aber was soll es mit der „Nebenregierung“? Die bürgerliche Presse wird diese Wendung sicher benehmen, um das gemeinsame Einwirken der vereinigten gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen auf die Regierung von neuem als eine der Demokratie schädliche, diktatorische „Nebenregierung“ zu erklären. Sie wird sich schamlos auf das Zeugnis der organisierten Bergarbeiter berufen.

Die Resolution wendet sich dann gegen den „wahnwitzigen Versuch einer ... kleinen Diktatur, eine gewalttätige Diktatur von links aufzusetzen“. Sie gebraucht die schärfsten Worte, um die Vorgänge, die sich in einigen Gegenden des Ruhrgebietes nach dem Verschwinden der Kappregierung abgespielt haben, zu verurteilen. Und dann erklärt die Resolution:

Nur durch die, die Bevölkerung schwer bedrohenden Untertanen ihrer unbeherrschten, wahnwitzigen, aber dennoch gegenrevolutionären, höchst verächtlichen Elemente ist es zu der militärischen Befreiung des Ruhrgebietes gekommen.

Das ist geradezu eine Geschichtsfälschung. Der Einmarsch der Reichswehrtruppen in das Ruhrgebiet wäre wohl zu verurteilen gewesen, wenn die Regierung rechtzeitig den Konterrevolutionär Matten abberufen und einen zuverlässigen Republikaner an seine Stelle gesetzt hätte. Durch dieses Verhängnis hat die Regierung es verhindert, daß die Bevölkerung unter der Arbeiterschaft des Ruhrgebietes rechtzeitig und in großem Umfang eingeleitet ist, und die besonnenen Elemente der politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft die Möglichkeiten erzielten, aus eigener Kraft und mit selbstgewählten Mitteln gegen die verhältnismäßig kleinen, ohne Hölle und Jät die Ruhe störenden Gruppen vorzu-

gehen und die Ordnung herzustellen. Aber das ist das Kennzeichen dieser seltsamen Meinungsäußerung freigeistlicher Bergarbeiter, daß sie mit aller Schärfe gegen die politischen Verfehlungen der eigenen, in ihrer Mehrzahl irreführenden und durch die Haltung der Regierung und die Anwesenheit Mattens beunruhigten Klassenossen vorgeht, und auf der anderen Seite bedenkenlos die Taten jeder Regierung, wie sie auch heißen mag und welcher Mittel sie sich auch bedienen möge, demütig hin nimmt und sogar bedingt und rechtfertigt.

Zum Schluß fordert die Resolution die Reichsregierung beizugehen und schließlich Schritte zur Sozialisierung des Bergbaues zu tun. Sie erklärt, die Sozialisierung sei um so dringlicher geworden,

„weil, wie der Fall der Kohlenbergwerke Hermann I—III lehrt, die größte Gefahr besteht, daß unter Kohlenhägern und kapitalistischen Gewinnstrebern dem ausländischen Kapital ausgeliefert werden“.

Gegen diese Ungehörlichkeit kapitalistischer Profitgier, die an Landeskerrai grenzt, findet die Resolution aber nicht jene scharfen Ausdrücke der Anklage, mit denen sie sich in ihren anderen Teilen gegen die über das Ziel hinauschießenden Konterrevolution wendet.

Wir haben gestern auf den bedeutenden Sieg der sozialistischen Arbeiter-Union über den alten Bergarbeiter-Verband bei den Betriebsratswahlen im Westfälischen Revier hingewiesen. Wir sagten dazu, daß die Taten und Untatenschaften des Bergarbeiterverbandes der stärkste Grund für die bedauerliche Erscheinung seien, daß die Propaganda der Sozialistischen Arbeiterpartei den Erfolg davontragen konnte. Diese Resolution beweist nun, daß auch die Ereignisse des März und April die Führer des Bergarbeiterverbandes nicht über ihre verfehlte Haltung belehrt haben. Häufig der Bergarbeiter-Verband so fort, dann wird die Folge davon ein immer größeres Maß an der Bergarbeitermassen gegen seine Führung und eine fortwährende Abspaltung großer Arbeitergruppen sein.

Es zeigt sich an diesem Vorgang mit aller Deutlichkeit, daß die von unseren Genossen in den Gewerkschaften angelegte Misstrauen der Gewerkschaften die einzige Möglichkeit bietet, die Gewerkschaften vor dem Verfall zu bewahren. Nach ihrer Capitulaton, sondern die herberische und unsozialistische Taktik solcher Verbände führt zur Herabsetzung der wichtigsten gewerkschaftlichen Organisationen, was die Taktik des Bergarbeiterverbandes am deutlichsten zeigt.

Ausschlussantrag gegen Davidsohn und Baummeister. Die der „Vorwärts“ mitteilt, hat der Vorstand der Groß-Berliner sozialdemokratischen Parteiorganisationen die zuständigen Kreisorganisationen beauftragt, zu prüfen, ob das Ausschlußverfahren gegen die Parteimitglieder Davidsohn und Baummeister einzuwickeln sei. Beide haben bekanntlich in dem Verzuge den Scheidemann gegen Modin angepöbeln, eine Rolle gespielt. Das gleiche Verfahren wurde gegen das Parteimitglied Liebling beschlossen, weil er für den Eintritt aus der sozialdemokratischen Partei agitiert.

Keine Kandidatur Bayers. Der langjährige demokratische Führer, Abg. von Bayer, hat eine erneute Kandidatur für den Reichstag abgelehnt. Er begründet dies mit seinem Alter von 78 Jahren und damit, daß für den neuen Zeitabschnitt ein neuer Mann die Arbeit übernehmen müsse.

Polen verlor fünfzig Tausend Lebensmittel. Polen hat die Verlangung von Dantzig mit Nahrungsmitteln bis zur nächsten Genie übernommen.

Verhaftung des Justizbeamtenkreises in Oberschlesien. Der Justizbeamtenkreis in Glatz, Ratibor und Oppeln dauert ohne Unterbrechung fort. Die Justizbeamten haben zum Zwecke der Verhandlung einen Rinderausbruch gebildet. Die Entschleunigung hat jedoch jede Verhandlung abgelehnt.

Verhaftung der Entente in der Gegend. Nach den eingegangenen Nachrichten der Entente ist bis zur Errichtung des Obergerichts in Saarbrücken weiterhin das Reichsgericht in Leipzig gültig.

Neue Minister in Ungarn. Zum Minister des Reiches wurde Graf Paul Teleki, zum Innenminister Dr. Miksa Doerostó er ernannt.

kritiken kritisierte und hat jetzt in der „Täglichen Rundschau“ zur Meinung deutscher Kunst nationalitätlich-antidemokratisch überlagert Ein tschechischer Spahl

„Die Brüder Karamasow.“

Zur Aufführung im Neuen Volks-Theater.

Die Geschichte der Berliner Volksbühnen hat die Aufführung des Karamasow-Schauspiels, das Wilhelm Raselow nach Dostojewski gegimmert hat, eine nicht zu unterschätzende Bedeutung. Es war ein Erfolg, ein berechtigter Erfolg, nicht bei den literarischen Kritizern, die dem Volk nicht geben wollen, was das Volk ist, wohl aber beim Publikum. Das „Neue Volks-Theater“ der Herren Reich und Walberg hat ein Stück auf seine Bühne gebracht, das literarisch gesehen eine Abänderung am Werke Dostojewskis ist, und das doch von Theaterhandpunkt aus seine volle Aufführungsberechtigung hat. Das Stück ist edles, rechtlich Volkstheater, wie es vom Volk gewollt wird, und es ist möglich zu fragen, ob der Versuch davon zu bedauern ist oder nicht. Tatsache, durch den Erfolg festgestellte Tatsache — und das ist das wesentliche Ergebnis des Abends — ist es, daß man mit dem Geschmack des Volkes gegangen ist, daß man begeistert hat.

Dostojewskis Roman „Die Brüder Karamasow“ ist ein Werk von so unendlicher Tiefe und Breite, ist so umfassend und voller Gehalt über dem Menschen unserer Zeit, daß ihm jeder gelehrten haben sollte. Lieft ihn darum jeder Raselow'ski Theaterviel ein Theaterstück, das sich aus den äußerlichsten Romanen zusammenfügt und ein Kriminaldrama aus dem Weltbühnen dieses Dichtung macht. Viele werden es sich aneignen, sollen es hören und sehen, denn sie werden so zu Dostojewski gebracht. Und das ist eine dankenswerte Tat.

Dankenswert ist es, daß Raselow nicht schüchtern, sondern nur aus Dostojewskis Roman heraus, was er für ein wirksames Theaterstück einer Volksbühne braucht. Er läßt Dostojewski reden, gibt Dostojewskis Gedanken dem Bühnenraum und erschließt mit Dostojewskis Tragödie. Man kann sich eine bessere Darstellung denken, eine Bühnenwirkamer nicht. Und das ist genug.

In Szene gesetzt waren die vier Akte von Direktor Heinz Goldberg. Er hat bewiesen, daß man ohne große Mittel solche Bühnenbilder schaffen kann. Die Verhältnisse mit den kurzstumpfen Gesichtszügen zeigen es. Sie zeigen auch am stärksten sein können als Regisseur.

Diese Volksbühne muß Vegetation erzeugen, weil sie fähig ist von Begeisterung getragen ist. Drei Leistungen sind besonders zu nennen. Die Karamasow der Herrin Hamisch vor allem. Diese Frau ist so stark in ihrem Spiel und ihre Sprache, so volles Bewusstsein und inneres Blut, daß sie übermäßig ist. Neben

Logus, Kunst und „deutsche“ Künstler.

Es ist schwerwiegend eine Ungerechtigkeit, wenn nach dem Gesetz vom 24. 12. 19 die Künstler eine Umsatzzsteuer von 15 Proz. zahlen sollen, während alle anderen freien Berufe eine solche von nur 1,5 Proz. zu tragen haben. Es ist selbstverständlich unbillig, das Schicksal der unter und lebenden Künstler als Logus zu betrachten. Denn wenn auch auf einen gewissen, durchaus nicht kleinen Teil des Kunstbetriebes diese Charakteristik zutrifft, so trifft sie doch auf einen gewissen Teil der anderen freien Berufe ebenfalls zu. Also haben die Künstler vollkommen recht, wenn sie in Waffen gegen das Gesetz protestieren. Zum 18. war vom Wirtschaftlichen Verband bildender Künstler eine Versammlung im Herrenhaus berufen worden, in der eine Protestresolution von mehreren hundert Malern, Bildhauern und Kunstgewerblern ohne Widerspruch angenommen wurde. Schön und gut! Aber die Oberbaurenden, die vorher gleichgültig waren! Wenn das, was sich in den ersten Neben ausbreitet, der Geist der Kunstfreiheit ist, dann wäre eine Steuer von 15 Proz. noch viel zu niedrig; denn das war höchster Schand. Mit rollendem Pathos vorgetragenem Tiraden über die deutsche Kunst und deutsche Kultur wirken aus dem Munde eines Hofrats, Bildhauers und Professors, ganz besonders komisch — von seinen reaktionären Wänden und Hintergedanken abgesehen. Ihm scheinen die von ihm selbst angesehenen seinen Leute, wie Künstler oder Schraubendreher noch bessere Objekte des Spottes und der hiesigen Versteuerung zu sein, als die vom Maler Waluschek vorgeschlagenen Herren mit den Gürteln in der Taubengartenstraße und der Schiedlerallee. Man hatte fast den Eindruck, als ob einige Herren die Verwirrung über eine wirtschaftliche Bedrohung für nationale Propaganda auszunutzen möchten. Zum Schluß hielt ein Abgeordneter der Deutschnationalen Volkspartei eine sehr geschickte Rede! Man mühte mit Heftigem Geschrei, daß — bei einigem Widerspruch — die auf dem Niveau einer Philisterkneipe lebenden Biere des Herrn Hofrat den rasenden, donnernden, jubelnden, demonstrativen Beifall dieser Versammlung von „Künstlern“ fanden! Es fehlte nur die Militärkapelle, um dem verflochtenen „Wagen“ der deutschen Kunst einen Tusch zu blasen. Sehr wohlwütend berührte die Art des Maler Waluschek, der in phrasenloser klarer Einfachheit mit wenigen Worten die wirtschaftliche Lage der Versammlung wieder herausstellte. Aber das Niveau dieser Versammlung deutscher Meister war recht jämmerlich.

Zur Tagung dieser Künstlervertreter schickte uns Genossen Du Warte:

In der Protestversammlung bildender Künstler gegen die Blauschne aller Steuern — die „Logussteuer“ auf Kunstwerke — kam das Protest von Seiten des Reichsrats, von: Dr. Raselow:

abgeordnet, in sehr sonderbarer Weise zum Ausdruck. Es fehlte nicht an Hehen gegen die Arbeiter, die es verstanden, ihre wirtschaftlichen Interessen etwas früher, als die Herren Künstler zum Bewußtsein zu bringen. Es fehlte bei einem Teil der Versammlung auch nicht an einem scharfen Protest gegen denartige und sonstige denationalistische Eingriffe. Immerhin ist man verwundert, daß die Leitung des wirtschaftlichen Verbandes des zunehmenden gewerkschaftlichen reinen Interessensbewußtseins, eine solche Versammlung nicht auch rein unter diesen Gesichtspunkten zu lösen verstand. Unter wenigen Ausnahmen war es besonders auch der Maler Waluschek, der klar und scharf die rein wirtschaftlichen Interessen in famoser und phrasenloser Weise vertrat. Vor fast 10 Jahren (kurz vor der Gründung des wirtschaftlichen Verbandes der bildenden Künstler in Berlin, aber geschrieben, ehe an eine solche Gründung gedacht wurde) erschien mein Buch über die „Wirtschaftliche Lage der Künstler“ (München, Georg Müller), in dem zum ersten Mal auf wissenschaftlicher und theoretischer Grundlage die gesamten Interessen der künstlerischen und geistigen Arbeiter innerhalb des Kapitalismus behandelt wurde und auf ihre Konsequenz und Selbsthilfe hingewiesen. Selbiam hat die geschichtliche und allgemeine wirtschaftliche Entwicklung in immer krasserer Weise die wirtschaftliche Lage der Künstler ins Bewußtsein gebracht und jede meiner Ausführungen erwiesen. Auch der Arbeitsrat für Kunst“ propagiert revolutionäre Kunst- und Wirtschaftsanforderungen, die in meinem Buch bereits vertretet waren.

Die „deutsche“ Kritik.

Der Musikreferent der „deutschen Zeitung“ schreibt am Schluß seiner Besprechung der Sellaufführung der „Frau ohne Schatten“, es solle nicht verjäumt werden, darauf hinzuweisen, wie unangeheure Konzeptionen die Meinung der Staatsoper dem Publikum zu machen. Bekanntlich hätte der oroboge Jude am Sonnabend um 4 Uhr noch kein Theater betreten. Da die Juden jedoch den Sonntag nicht heiligen, brauche wohl auch die wenigen christlichen Kritiker, die ihn feiern wollen, keine Rücksicht genommen zu werden. Nun ja, wir lobten eben „in einem Judenstaat“.

Sollten die Leser der „D. Z.“ wirklich so frohgemut sein, diesen Wahn zu glauben, dann hätte der Herr „Kritiker“, dem der Besuch eines trotz aller kritischen Einwände doch großartigen Opernwerks nicht Priern, sondern Strafarbeit ist, ihnen noch aufbinden müssen, das Paradies und die Hölle wären fast ausschließlich von mit Ratten und Stinkkäfern geschnittenen kalzigen Juden besetzt gewesen, die während der Pause im Hoer Rasse und alle Arbeit zum Verkauf angeboten hätten. Aber im Ernst! Die Aufführung bleibt auch am Sonntag eine Aufnahme des Intendanten v. Schilling. Er mag sich trösten: Die „nationalistische“ Schauspielertruppe treiben es nicht minder arg, als

Die Finanzlage des Reichs.

In der gestrigen Sitzung des Hauptausschusses der Nationalversammlung hat der neue Reichsfinanzminister Dr. Wirth Erklärungen über den Reichshaushaltplan für das Rechnungsjahr 1920 abgegeben. Der neue Etat weist eine Gesamtausgabe von rund 40 Milliarden Mark auf, zu der noch ein Fehlbetrag aus der Reichspost und Eisenbahn von 12,9 Milliarden hinzutritt. Der ordentliche Etat zeigt laufende Einnahmen in Höhe von 25 Milliarden Mark, denen fortdauernde und einmalige Ausgaben von 27,95 Milliarden Mark gegenüberstehen, so daß hier ein Defizit von 2,95 Milliarden Mark verbleibt. Neben dem ordentlichen Etat ist noch ein außerordentlicher aufgestellt worden, dessen Ausgaben sich auf 11,6 Milliarden Mark belaufen. Ihnen stehen etwa 10 Milliarden Mark an Einnahmen gegenüber. Aus diesen Angaben ergibt sich also, daß das gesamte Defizit des Reichs etwa 4,5 Milliarden Mark beträgt, wozu dann noch das Defizit von 12,9 Milliarden aus Reichspost und Eisenbahnen hinzutritt.

Wie dieses außerordentlich hohe Defizit gedeckt werden soll, hat der Reichsfinanzminister noch nicht deutlich genug gesagt. Aus seinen Ausführungen geht aber hervor, daß man hierfür in erster Linie die Verbraucher heranziehen will, wodurch wiederum die minderbemittelte Bevölkerung zuerst getroffen werden würde. Er hat darauf hingewiesen, daß die Kohlensteuer allein 4,5 Milliarden Mark erbringen werde, daß sie eine wertvolle Stütze des Etats sei und daß die Reichsfinanzverwaltung an einen weiteren Ausbau der Kohlensteuer denke. Er hat ferner mitgeteilt, daß Zölle, Verbrauchssteuer und Monopol mit rund 9,1 Milliarden Mark veranschlagt worden seien. Dazu meinte er, daß heute „die großen finanzpolitischen Ueberlegungen in den Vordergrund“ träten, „die zu Monopolen führen“. Aus dieser ziemlich unklar gehaltenen Formulierung kann man schließen, daß die Regierung Monopole schaffen will, die in der Hauptsache fiskalischen Zwecken nützlich gemacht werden sollen. Soll das die Sozialisierung sein, mit der die Regierung schwanger geht? Die Schaffung von Monopolen zu fiskalischen Zwecken, die Verstaatlichung bestimmter Gebiete der Produktion oder des Großhandels nur als Mittel, dem Staatswesen höhere Einnahmen zu verschaffen, hat mit Sozialismus nichts zu tun!

Der Reichsfinanzminister hat auch einiges über die Ausgaben mitgeteilt. Am längsten beschäftigt er sich mit den Lohnforderungen der Eisenbahner und der Eisenbahnbeamten, die der Regierung ein Ultimatum gestellt hätten. Er hat sich zwar nicht ausdrücklich gegen diese Lohnforderungen gewendet, aber er ließ doch durchblicken, daß sie ihm außerordentlich unangenehm sind. Das kennzeichnet die Auffassung des Ministers, die durchaus von kapitalistischen Erwägungen getrieben wird. Die ungeheuren Gewinne aller kapitalistischen Kreise, die maßlose Steigerung der Profite der Unternehmer sindet er wahrscheinlich ganz in der Ordnung; wenn dagegen die Arbeiter und Beamten verlangen, daß man ihnen im Hinblick auf die ungeheure Tenerung aller Lebensbedürfnisse eine Erhöhung ihrer Bezüge zugestehet, dann vermerkt er es mit mißbilligenden Augenmerkungen und weist für die Deckung dieser berechtigten Ansprüche keinen anderen Weg, als die Belastung der minderbemittelten Bevölkerung mit neuen Ausgaben.

Ohne Zweifel läßt sich bei den Ausgaben an manchen Stellen sehr viel sparen. Allein für Meer und Marine sind im ordentlichen Etat 1,6 Milliarden, für die Entwicklung des Meeres und der Marine im außerordentlichen Etat 2,5 Milliarden Mark ausgeworfen worden. In manchen anderen Stellen des Etats dürften sich noch weitere erhebliche Ausgaben für das Meereswesen vorfinden, von

die jetzt Herr Friede als Wöcker „Dimitry“, der Schuldlosigkeitsfrage, nicht immer gleichmäßig im Können, aber er kann viel und ist da, wo er sein Verstand lüchelt, auf besser Höhe. Arnold Ege meinte Bruder Ivan, der Anschulds-Schuldige ist ausgeglichener und überlegener, zarter. Die übrigen Rollen sind bis auf Erik Kuttner's Vater Karamasow gut ausgearbeitet. Am besten sind die Rollen des in der beinahe-philosophischen Karamasow. Im dritten Akt ist die der Karamasow durchaus ebenbürtig.

Herr Karamasow hat den Schauspielern seinen Erfolg zu danken. Das „Neue Volkstheater“ hat ihn verdient.

Ulrich Steinbock.

Den Trüben Karamasoff ist nun auch noch das Schicksal der Verfilmung widerfahren. Kann man schon über die Verfilmung der Dramatisierung einer so ungeheuren Dichtung sehr geteilter Meinung sein, so ist die reine kinematographische Fassung doch ein roher Mißbrauch, der selbst vor den höchsten geistigen Gütern nicht zurücksteht. Es ist nachgerade Zeit, daß der Film in die ihm gebührende Schranken zurückverwiesen wird. Die gestrige erste Vorführung des Karamasoff-Films im Ufa-Palast am Potsdamer Platz wurde zum Publikum sehr unangenehm. Es erhellte im Gange wohl mit die Illustrierung einer Kriminalgeschichte, die wenig nicht von Dostojewskis Gnaden, sondern von des Filmregisseurs ungeschicklichen Fähigkeiten ist. In der Darstellung waren nur Werner Kraus, Jannings und Kötzner wesentlich.

Im Theater in der Königgräber Straße ist die Uraufführung von Schamus Karamasoff „Die große Karamasoff“, die am letzten Abend mit 2100 Zuschauern zum ersten Male aufgeführt wurde. Für die dekorative Ausstattung wurde Ludwig Kainer gewonnen.

Theater am Rollenderplatz. Bei dem 1. Mal hat sich der Opern-Operette „Eine Nacht im Paradies“ außer Molly Wessely und Richard Genin in Szene geben.

Im Baller-Theater wird unter der Direktion Friedrich Hoff und unter der künstlerischen Leitung des Kammerjägers Hermann Gura am Sonnabend den 1. Mai, eine Opernspielzeit mit „Cavalleria Rusticana“ und „Pagazzo“ eröffnet. Die Gäste treten zunächst Hermann, Hofmeister (Turban) und Gantel, Annie Gura-Gummel (Santuzza) und Gustl Pöschel (Tonio) auf.

Im Theater in der Alten Jakobstraße (bisher Eden-Theater) geht als Eröffnungsspiel am 1. Mai der Schwanz. Die verschwandene Pauline von Willi Wolf und Martin Bickel in Szene.

Im Friedrich-Wilhelm-Theater eröffnete Dietrich Gert Hansen am 1. Mai die Sommerzeit mit der Singspiel-Operette „Der Quackmacher seiner Durchlaucht“.

Herr Schwanke. Der langjährige Direktor der Berliner Urania, Prof. P. Schwanke, ist gestern nach längerem Krankenlager verstorben. Schwanke hat sich vorwiegend mit Mathematik und Sternkunde beschäftigt.

denen der Minister in dieser Erklärung nichts gesagt hat. Alles in allem ergeben sich für diesen Zweck so große Summen, daß man die Forderung, die schon aus politischen Gründen erhoben worden ist, jetzt auch aus finanziellen Gründen noch einmal wiederholen muß: Fort mit der Reichswehr, fort mit allem militaristischen Unwesen!

Die kapitalistische Presse ist über diese traurige Finanzlage des Reichs außerordentlich betroffen. Die „Deutsche Zeitung“ weiß kein anderes Mittel zur Hebung unserer Finanzen als die völlige politische und wirtschaftliche Entrechtung der Arbeiterklasse. Das Organ der Unbescheiden und Schwerverindustriellen legt, daß zur endlichen Sicherung der inneren Ordnung jetzt „das Heimische Programm“ verwirklicht werden müsse: Zehnstundentag, Akkordarbeit und Streikverbot. Zu allem Gluck, das das kapitalistische Bürgertum, allem Voraus die deutsch-nationalen Kreise, über die wertvolle Bevölkerung gebracht haben, soll also jetzt deren vollständige Verfluchung, ihre Auslieferung an die kapitalistischen Ausbeuter hinzutreten. Die Arbeiterklasse wird darauf antworten, daß es aus der Finanzlage nur einen Ausweg gibt: die völlige Verteilung der kapitalistischen Wirtschaft, den sofortigen Beginn der Sozialisierung, die schnellste Verwirklichung des Sozialismus.

Das neue Groß-Berlin.

Am Sonnabend Beratung in der Landesversammlung.

Der Gesetzentwurf zur Bildung einer Stadtgemeinde Berlin soll am Sonnabend auf die Tagesordnung der preussischen Landesversammlung gesetzt werden. Die Kommission, die mit der Vorberatung der Materie betraut war, hat den Regierungsentwurf erheblich umgestaltet. In der zweiten Lesung hat noch das Verhältnis der neuen Stadtgemeinde zur Provinz Brandenburg eine Festlegung gefunden, indem folgende Paragraphen beschlossen wurden:

„Bei der Auseinandersetzung (zwischen Berlin und der Provinz) kann durch Vereinbarung zwischen der neuen Stadtgemeinde Berlin und dem Provinzialparlament der Provinz Brandenburg, insbesondere zur Vermeidung einer Auseinandersetzung in Ansehung bestimmter Gegenstände, die Uebereignung einzelner kommunaler Aufgaben an eine oder mehrere Kommunalverbände zu bildende Körperschaft öffentlichen Rechts (Hauptverband Berlin-Brandenburg) stattfinden. Die Uebereignung muß die Uebereignung von Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, insbesondere der öffentlichen Kommunalverwaltung, und durch eine Einigung zu regeln, die der Vereinbarung der Beteiligten unterliegt. Die Festlegung der Aufgabe des Hauptverbandes bezieht sich auf die Uebereignung durch das Schiedsgericht. Die Aufsicht des Staates über die Verwaltung der Uebereignungsangelegenheiten wird in erster Instanz von dem Oberpräsidenten, in höherer Instanz von dem Minister des Innern im Benehmen mit den noch zuständigen Ministern ausgeübt. Die Beamten des Hauptverbandes haben die Rechte und Pflichten von Provinzialbeamten. Im übrigen bleibt die Regelung der in diesem Paragraphen behandelten Angelegenheiten einem besonderen Gesetz vorbehalten.“

Das Schicksal des Gesetzes wird von dem Verhalten des Zentrums abhängen, das sich bei der Schlußabstimmung in der Kommission der Stimme enthält. Es ist aber wahrscheinlich, daß es in der Endabstimmung doch zustimmen wird. Zweifelhaft bleibt, wann das Gesetz in Kraft treten wird. Der Entwurf sieht nach den Kommissionsdeklarationen den 1. Juli vor; es sind aber Vorbereitungen im Gange, den 1. Oktober als Termin des Inkrafttretens zu bestimmen.

Der Riß im Beamtenbund.

Die Erklärung des Deutschen Beamtenbundes, daß er sich in Zukunft von der Verteilung an gemeinsamen Aktionen der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen mit den sozialistischen Parteien fernhalten werde, hat einem Teil der dem Bunde angeschlossenen Verbände nicht genügt. Sie verlangen, daß Erklärungen über die Haltung des Deutschen Beamtenbundes von grundsätzlicher Bedeutung fernhalten nicht mehr ohne die vorherige Zustimmung des geschäftsführenden Vorstandes herausgegeben dürfen.

Infolge dieser Vorgänge hat nunmehr der Vorstand des Deutschen Beamtenbundes seine Komitè einem sofort einberufenen außerordentlichen Bundeskongress zur Verfügung gestellt.

Der Riß, der durch den Deutschen Beamtenbund geht, kennzeichnet sich als ein Gegensatz zwischen den reaktionären höheren Beamten und den radikalere, zum mindesten ernsthaft demokratisch, zum großen Teil aber sozialdemokratisch gesinnten mittleren und unteren Beamten. Zahlreiche untere Beamte gehören unserer Partei an.

Eine Gefahr für den Bestand der Beamtenorganisationen dürfte somit kaum bestehen. Es ist anzunehmen, daß die große Masse der mittleren und unteren Beamten sich bei einer Bundesversammlung gescheitert hinter dem bisherigen Vorstand stellen und seine Handlungen in den Rappagen und danach billigen wird. Dadurch kann allerdings eine Abspaltung der oberen Beamten und die Bildung von Sonderorganisationen dieser reaktionären Gesellschaft erfolgen, was indes für die fernere gewerkschaftliche Tätigkeit des Beamtenbundes nicht von großem Nachteil sein würde. Die dadurch entstehenden großen selbständigen Organisationen der unteren und mittleren Beamten werden vollkommen in der Lage sein, die Interessen dieser Kategorie erfolgreich zu vertreten.

Preisrückgänge auf den Warenmärkten.

Die leichte Besserung der deutschen Valuta hat zu einer lebhaften Beunruhigung des Großhandels geführt. Die Kleinhandeler und Konsumenten halten in Erwartung eines allgemeinen Rückganges der Preise mit ihren Einkäufen zurück. Die Händler wollen allerdings mit den Preisen noch nicht heruntergehen, weil sie jetzt keine Verluste erleiden wollen, trotzdem sie in der letzten Zeit der fortgesetzten Preissteigerung ungeheure Gewinne erzielt haben. Immerhin beginnen in einigen Zweigen des Großhandels die Preise erheblich zu weichen. So wird gemeldet, daß auf der Frankfurter Haupt- und Welt-Auktion die Preise für Großfleischwaren um etwa 40 Prozent gegenüber den bisherigen Preisen zurückgegangen sind. Für Kalbfleisch und Rindfleisch wurden ebenfalls wesentlich niedrigere Angebote abgegeben, so daß deren Besitzer ihre Waare zurückzogen. Auf der Frankfurter Warenbörse wurden große Besten von Drogen und Umfalkaten zu weichenen Preisen angeboten, vorläufig nur von den Händlern, während die Fabrikanten nur zögernd folgten. Auch von der Leipziger Kaufwarenmesse wird gemeldet, daß die Preise für die wichtigsten Sorten von Hellen wesentlich zurückgegangen sind. Besonders bemerkt über der Korrespondenz

der „Vossischen Zeitung“ folgt: „Die Leute haben auch genügend Geld verdient, so daß sie es eine Weile mit ansehen können, und im übrigen ist man der Ansicht, daß niemand Schaden erleiden wird, denn man glaubt allgemein nicht an einen Rückgang der Preise, wenn man auch davon überzeugt ist, daß ein weiteres Steigen der Preise nicht mehr in Frage kommt.“

Ob die Valuta sich weiter bessert, ob sie wenigstens auf ihrem jetzigen Stande verharren wird, läßt sich noch nicht voraussagen. Sicher dürfte nur sein, daß eine weitere Steigerung der im freien Handel befindlichen Waren nicht mehr zu erwarten ist. Ob die Preise im Einzelhandel wesentlich zurückgehen werden, das hängt von Faktoren ab, die sich vorläufig mit Bestimmtheit nicht beurteilen lassen. Jedenfalls wird man gut tun, sich nicht allzu rosig Hoffnungen auf eine Verteilung der Haushaltskosten hinzugeben, zumal die Preise für die rationierten Lebensmittel infolge der Preis- und Prämissenpolitik der Regierung immer noch weiter in die Höhe gehen.

Holz wird ausgeliefert.

T. U. Prag, 27. April.
Holz wird ausgewiesen werden. Die tschechische Regierung gewährt ihm keinerlei Schutz und wird ihn als gewöhnlichen Handelsartikel behandeln.

Holz hat keine gewöhnlichen Verbrechen begangen, sondern in verhängnisvollem Irrtum über seine persönliche Macht sich mit völlig unzureichenden Mitteln gegen die Staatsgewalt gestellt.

Gewerkschaftliches.

Die Abspaltung der Versicherungsangestellten.

Der „Vorwärts“ bringt einen Bericht über die vor einigen Tagen in Weimar stattgefundenen Reichskonferenzen über im Zentralverband der Angestellten organisierten Versicherungsangestellten, die sich neben der Frage des Reichsbeitrags auch mit den Abspaltungsangelegenheiten einigere Mitglieder beschäftigte. Nach diesem Bericht wurde in gehobener Abstimmung einstimmig festgestellt, daß der Verbandsvorstand nicht anders handeln konnte, als nach der Vereinstimmigkeit der Teilnehmer den Streik abzubrechen. Dafür, daß der Reichsbeihilfen nicht anwesend war, sei dessen Leiter Dr. Vollebrecht, der jetzt die neue Organisation ins Leben rief, allein verantwortlich.

Die Abspaltungsangelegenheiten seien auch schon von längerer Hand vorbereitet gewesen, und zwar im Interesse einiger einzelner Personen, die auch von Anfang an darauf hingearbeitet hätten, den Tarif zum Scheitern zu bringen, um so die Abspaltungsangelegenheiten zu begünstigen.

Wie geben im vorstehenden nach dem Bericht des „Vorwärts“ den Verlauf der Verhandlungen wieder, da ein eigener Bericht nicht angebracht wurde und wir deshalb nicht über die Details orientiert sind. Jedenfalls schließen wir uns aber der in der Resolution zum Schluß ausgesprochenen Ansicht an, daß „jede abgeplottete Branchenorganisation in der heutigen Zeit überlebt und machtlos“ ist.

Jahresgeneralversammlung der Berliner Metallarbeiter. Die von den Genossen Malaga und Neumann eingebrachte und von Malaga hauptsächlich geleitete, die einstimmig zur Annahme gelangte, lautet: Die am 19. April 1920 in der 12. Versammlung der Generalversammlung der Berliner Metallarbeiterverbände, Cridowaltinger Werks, erfolgte zum Abschluß des Generalstreiks:

Um die bevorstehenden Kämpfe des Proletariats mit aller Wucht und Energie führen zu können, ist es notwendig, auf dem schnellsten Wege alle Kampforganisationen zu schaffen. Diese erblickt sie einmal in den alle Hand- und Arbeitskräfte umfassenden Industrieverbänden, andererseits in dem Zusammenschluß der Betriebsräte aller Betriebsabteilungen zu Industriegruppen, deren oberste Spitze die Generalversammlung der Betriebsräte ist. Die Generalversammlung fordert daher alle in der Metallindustrie Beschäftigten auf, sich in der Organisation und der Vereinigung der Betriebsräte zu einer einheitlichen und geschlossenen Kampffront zusammenzufinden.

Nur hierdurch ist die Möglichkeit gegeben, daß die Arbeiterklasse durch ihre direkten Vertreter, die Betriebsräte, einen entscheidenden Einfluß bei kommenden Kämpfen haben.

Verpflichtung. In dem Bericht über die Generalversammlung der Berliner Metallarbeiter in unserer heutigen Morgenausgabe ist ein bemerkenswerter Fehler unterlaufen. Der Gesamtbeitrag der zweiten Belegschaftsliste beträgt 2 Mark, der der dritten Klasse 65 Pfennig, nicht wie irrthümlich gemeldet 80 Pfennig resp. 15 Pfennig. Die Aussteller werden ersucht, bei eventuellem Anfrage dies dahingehend richtigzustellen.

Die Disziplinvermittlung.

Wahlung. Dankschreiben und Verfassungen. Die Bulane im Baugewerbe kommt auch für und in Frage. Demnach beträgt der Lohn für einen Tagelöhner 5,70 M. pro Stunde, für den Hilfsarbeiter 5,50 M. ab 6. April 1920. Wo bis Sonnabend, den 24. nicht gezahlt, erwarten wir Bericht in der Versammlung am Sonntag, von den Verrentenleuten.

Groß-Berlin.

Strassenbahn und Stadtbahn.

Die Tarifverhandlungen der Stadtbahn haben die eigentlich selbstverständliche Folge gehabt, daß die Verdünnung dieses früher so blühenden Verkehrsmittels weniger hart in Anspruch nahm als früher. Zweifellos werden viele Wege heute zu Fuß zurückgelegt, zu denen früher die Strassenbahn benutzt wurde. Ein großer Teil der Reisenden der Stadtbahn ist aber zur Benutzung der Stadt- und Ringbahn übergegangen und hat auf dieser die vor der Stadtbahnverkehrssteigerung schon nicht vorüberlichen Verkehrsverhältnisse besonders zu den Hauptverkehrszeiten noch erheblich verschlechtert. Die stärkere Benutzung der Stadt- und Ringbahn ist so augenfällig, daß auch der unkundige Passant die Ueberfüllung der Bänke ohne weiteres durch Vergleichsreisen in andere Städte feststellen kann. Aber noch härter als der Augenblick überzeugt die Statistik, nach der die Zunahme gegen die gleichen Tage im Vormonat rund 600 000 einfache Fahrkarten in den ersten 10 Tagen des Monats April betragen hat. Es wurden also am Tage rund 60 000 Fahrgäste mehr befördert als an dem gleichen Tage des März, in dem die Verteuerung der Stadtbahn noch nicht eingetreten war. Auch die Zahl der Reichsbahnfahrer hat sich erheblich vermehrt. Gegen die gleichen Tage im März wurden insgesamt mehr ausgegeben rund 25 000 Wochen- und etwa 7 000 Monatskarten. Diese Steigerungen verteilen sich natürlich nicht gleichmäßig auf die Stadt- und Ringbahnstationen, sondern sie fallen sich dem Verkehrsbedürfnis der betreffenden Stadtbezirke an. Die größte Zunahme im Verkauf der Einzelfahrkarten weist der Schlesische Bahnhof auf, an dessen Schaltern 127 000 Fahrgarten mehr als im Vormonat verkauft worden sind. Bei den Reichsbahnfahrern die Ausnahme des Verkehrs mehr von dem Verkehr zwischen

